

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Vorsitzender / Ortsbürgermeister	Andre Bents
Ortsratsmitglied	Herbert Meyerhoff
Ortsratsmitglied	Hans-Jürgen Hess
Ortsratsmitglied	Jörg Luth
Ortsratsmitglied	Heinz-Jürgen Thaden
Ortsratsmitglied	Jens Thaden

Mitglied CDU-Fraktion

Ortsratsmitglied	Anke Janßen
Ortsratsmitglied	Brigite Klee
Ortsratsmitglied	Heinz Klitscher
Ortsratsmitglied	Hans Peter Halm

Mitglied FDP

Stv. Vorsitzender / stv. Ortsbürgermeister	Thomas Lehmann
--	----------------

Mitglied Bündnis 90 / Die Grünen

Ortsratsmitglied	Antje Kloster
------------------	---------------

Es fehlten entschuldigt:

Ortsratsmitglied	Manfred Meiners
------------------	-----------------

Beratende Mitglieder

Ratsherr	Jörn Felbier	<i>CDU</i>
----------	--------------	------------

Verwaltung

Protokollführer	Ulrich Persicke
-----------------	-----------------

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Nichtöffentlicher Teil ab: entfällt (Seite 6)

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung und Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.04.2016, Nr. 3 / 2016
- 4 Einberufung einer Einwohnerversammlung nach § 94 Abs. 1 Satz 3 NKomVG, Antrag: Bündnis 90 / Die Grünen und FDP vom 18.04.2016 **Vorlage 526 / 2016**
- 5 Mitteilungen und Anfragen

B Nichtöffentlicher Teil

- 6 Feststellung der Tagesordnung
- 7 Genehmigung des Protokolls des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 08.04.2016, Nr. 3 / 2016
- 8 Mitteilungen und Anfragen

A Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
Herr Ortsbürgermeister Bents eröffnete die Sitzung und stellte zunächst heraus, dass die aktuelle Ortsratssitzung zuvor nicht in der Wilhelmshavener Zeitung unter der Rubrik „Amtliche Bekanntmachungen“ vermerkt wurde, wie es ordnungsgemäß sein müsse. Im RIS war diese Sitzung allerdings eingetragen. Herr Bents verweist darauf, dass ggf. bei Einwänden aus der Bevölkerung oder von Seiten der Verwaltung dies zu korrigieren sei, oder dass die Sitzung dann wiederholt werden müsse. Das Verschulden läge nicht in Sengwarden. Die Kommunikation in der Stadtverwaltung sei offensichtlich nicht korrekt erfolgt. Anschließend stellt er die Beschlussfähigkeit fest.
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
Die öffentliche Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form genehmigt. Herr Bents teilt als Änderung den Wegfall des nichtöffentlichen Teils der heutigen Sitzung mit, da das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 08. April 2016 nicht für alle Mitglieder des Ortsrates im RIS einsehbar gewesen sei. Die abgeänderte Tagesordnung wird mit drei Enthaltungen genehmigt.
- 3 Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.04.2016, Nr. 3 / 2016
Frau Klee bemängelt, dass in der Sitzung vom 08.04.2016 sich nicht nur eine Person sondern drei Personen der Stimme enthalten hätten. Dies soll im Protokoll geändert werden. Das Protokoll wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.
- 4 Einberufung einer Einwohnerversammlung nach § 94 Abs. 1 Satz 3 NKomVG, Antrag: Bündnis 90 / Die Grünen und FDP vom 18.04.2016 **Vorlage 526 / 201**

Frau Kloster weist darauf hin, dass sie in der Jahresabschlusssitzung vom Dezember bereits angekündigt hatte, dass sie eine Einwohnerfragestunde zur Thematik Schließung der Verwaltungsstelle Sengwarden wünscht.

Sie schlägt dabei vor, dass der Ortsrat darüber beschließen möge, dass als Oberthematik noch die Anträge 283 / 2015 und 103 / 2016 zu den Folgen der Änderung des Grenzänderungsvertrages mit der offiziellen Schließung der Verwaltungsstelle für das Dorf bzw. den Status des Dorfes ergänzt werden. Dies ist im RIS so vermerkt.

Frau Kloster weist darauf hin, dass dies der Ortsrat dem Oberbürgermeister auftragen könne und dieser den Ablauf dann organisieren müsse. Dazu müsse es einen Beschluss zur Einberufung einer Einwohnerversammlung geben.

Die geplante Einwohnerversammlung solle dann in der Zeit zwischen dem 19.05.2016 bis zum 24.05.2016 in der Grundschule Sengwarden stattfinden.

Herr Lehmann ergänzt, dass es zur bereits vor einem Jahr erfolgten Schließung der Verwaltungsstelle weder eine Anhörung des Orsrates noch eine Vorlage an den Rat gegeben habe, der diese hätte beschließen können. Dem inzwischen zuständigen Stadtrat Leinert ist ebenso an einer endgültigen Klärung des Punktes gelegen wie auch vielen Bürgern aus der Ortschaft, wie deren rege Beteiligung bei der letzten Sitzung gezeigt hat. Die Thematik sei nun mit viel Einsatz und Mühe erneut „auf den Tisch“ gebracht worden.

Dies sei ein ganz normales demokratisches Verfahren. Auch im NKomVG ist festgehalten, dass der Ortsrat eine Einwohnerversammlung beschließen kann. Der § 3 der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven unterstützt diese Regelung unter Hinweis auf die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters für die ganze Stadt oder Teile des Stadtgebietes oder für Ortschaften. Alle Bürger sind davon betroffen, entsprechend groß ist daher auch das öffentliche Interesse.

Das Fehlen der Unterstützung durch eine funktionierende Verwaltungsstelle lässt sich alleine schon durch „handwerkliche“ Fehler belegen, die bei der Einberufung dieser außerplanmäßigen Ortsratssitzung passiert sind. Herr Lehmann nennt konkrete Beispiele.

Er weist auf die wichtigen Überwachungs- und Organisationsfunktionen der Verwaltungsstelle hinsichtlich solcher Abläufe hin.

Hervorgehoben wird von Herrn Lehmann besonders die Formulierung im Grenzänderungsvertrag: „die Aufgabe des Orsrates ist es, die Belange der Ortschaft zu wahren und auf ihre Entwicklung innerhalb der Stadt mit hinzuwirken“.

Hierzu hätte Herr Lehmann gerne seitens des Oberbürgermeisters konkrete Angaben dazu, warum denn die Verwaltungsstelle nicht mehr besetzt sein kann.

Eine solche Aussage interessiert auch alle Bürger als Betroffene.

Der Antrag zur Durchführung einer Einwohnerfragestunde im Vorfeld einer Entscheidung des Rates der Stadt zur endgültigen Aufgabe der Verwaltungsstelle, in der der Oberbürgermeister Rede und Antwort stehen muss, sei daher im Interesse aller Bürger.

Als beratendes Mitglied weist Herr Felbier darauf hin, dass die Stadtverwaltung nie den Grenzänderungsvertrag infrage gestellt hat und daran auch festhalten werde. Für eine Änderung sei eine Zweidrittelmehrheit des Rates erforderlich.

Folglich könne der erste Teil des Beschlussvorschlags des Orsrates entfallen.

Herr Felbier verweist auf den Passus des Vertrages, wonach der Ortsrat „bei Änderungen zu hören sei“. Es gab immer wieder Anpassungen im

Grenzänderungsvertrag, dies müsse auch so sein, damit es seit Vertragsabschluss

in 1972 auch für die Zukunft eine Handlungssicherheit gibt. Aus Sicht von Herrn Felbier ist der Fortbestand der Verwaltungsstelle zurzeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht notwendig. Aufgrund der Überschneidungen mit den Einschulungsgesprächen und dem Frühlingsfest schlägt er vor, die Planungen für die Einwohnerfragestunde bezüglich der Örtlichkeit und des Zeitpunktes der Verwaltung zu überlassen. Er selber hält eine Einwohnerfragestunde zu dem Thema für überflüssig.

Frau Klee schließt sich der Argumentation von Herrn Felbier an und verweist darauf, dass im technischen Zeitalter zur Absprache von Regelungen der Verwaltung heutzutage niemand mehr hier draußen sitzen müsse. Die Reduzierung auf Angelegenheiten des Ortsrates könne auch in Zeiten von Computern von anderer Stelle aus erfolgen.

Sie führt an, dass immer weniger Bürger die Unterstützung der Verwaltungsstelle genutzt hätten, sie selber wüsste auch gar nicht, was sie dort machen sollte. Die Zeiten hätten sich geändert, so würden z. B. Ausweise nur selten verlängert werden müssen, die Serviceleistungen „von gestern“ seien inzwischen überholt. Berufstätige würden ohnehin das Meldewesen direkt im Rathaus nutzen, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Dieser Aufwand könne von Sengwarden aus nicht mehr betrieben werden.

Herr Lehmann weist auf den Umstand hin, dass die Verwaltungsstelle ganz geschlossen werden soll und über die Art und den Umfang des Fortbestandes zu reden sei. Der Oberbürgermeister solle seine Gründe öffentlich darlegen. Von einer möglichen Einsparung von einigen hundert Euro monatlich könne nicht die Wirtschaftlichkeit der Stadt Wilhelmshaven abhängig gemacht werden. Herr Lehmann betont die Mangelhaftigkeit der vorliegenden

Wirtschaftlichkeitsberechnung, so sei die damalige Verwaltungsbeamtin im Zeitraum 2013 / 2014 nur halbtags bzw. nur an zwei Vormittagen in der Verwaltungsstelle tätig gewesen. Die Relation im Vergleich mit ganztätig beschäftigten Kräften in der Stadtverwaltung sei absolut nicht korrekt bezüglich der Zahlen. Außerdem gibt es keinerlei Vertretungsregelung bei Urlaub oder Krankheit, dann ist die Verwaltungsstelle einfach nicht besetzt und daher geschlossen. Auch dies zieht die Zahlenerhebung in Zweifel.

Herr Lehmann betont, dass im Kern den Bürgern in einer Fragestunde verständlich gemacht werden müsse, warum die Verwaltungsstelle in „abgespekter Form“ nicht mehr zu erhalten ist. Er befürchtet, dass ein Beschluss möglicher Weise im kleinen Kämmerlein ohne Information der Allgemeinheit und der Medien die berechtigten Belange der unmittelbar betroffenen Anwohner übergehen würde.

Vorzubeugen wäre da dem Vorwurf von beabsichtigter „Methode“ seitens der Stadtverwaltung.

Frau Kloster ergänzt, dass die Wahrung der Bezeichnung „Dorf“ mit einer direkten Vertretung der Bürger im Grenzänderungsvertrag festgehalten ist. Hingegen äußert die Verwaltung regelmäßig, dass von ihrer Seite der Grenzänderungsvertrag als erfüllt anzusehen sei.

In den Beschlussvorlagen sieht Frau Kloster eine Überrumpelung bzw. Übergehung des Ortsrates. Daher müsse die Angelegenheit neu diskutiert werden. Sie weist auf die Möglichkeit hin, dass eine Abhängigkeit vom Grenzänderungsvertrag durch eine einfache Änderung in der Satzung der Stadt aufgelöst werden könne. Dazu müsse dort Sengwarden als Ortschaft mit einem Ortsrat bezeichnet werden. So könne auch der Passung mit der Hilfsleistung im

Grenzänderungsvertrag umgeschrieben und nicht gänzlich gestrichen werden. So müssen die erforderlichen Dienstleistungen auch für den Ortsbürgermeister in der Satzung definiert werden.

Als Mittel dazu dient dann die nun einzuberufende Einwohnerversammlung.

Herr Felbier erwidert, dass es jetzt darum gehen müsse, ob erstens der Grenzänderungsvertrag noch gültig sei, was mit einem klaren „Ja“ zu beantworten sei und zweitens ob eine öffentliche, politische Diskussion zur Verwaltungsstelle gewollt wird.

Dazu stellt Herr Lehmann heraus, dass es eine eindeutige Bestimmung im Grenzänderungsvertrag gibt:

Es geht um die direkte Verwaltung des Ortsteils Sengwarden in dem Passus, dass die Stadt Wilhelmshaven dort eine Verwaltungsstelle einrichtet. Dazu könne es keine zwei Meinungen geben.

Der Grenzänderungsvertrag beinhaltet auch den „Geist“ der Ortschaften, man wolle sie und stehe zu ihnen. Eine Diskussion über das wie, den Art und Umfang könne es geben. Die Verwaltungsstelle vor Ort müsse aber erhalten werden.

Herr Lehmann betont, dass sich die vorab jeweils seitens der Stadtverwaltung präsentierten Zahlen zur Entwicklung der Schülerzahl der GS Sengwarden oder auch von Zahlen, die aus dem Rat seitens des bis 2015 zuständigen Dr. Graul öffentlich gemacht wurden, deutlich anders entwickelt hätten. Ein weiteres Beispiel wären die derzeit seitens der Stadtverwaltung festgestellten Kosten für die Verlegung eines Anschlusses für das vorgesehene Passwesen in Höhe von ca. 150tausend Euro. Bei genauerer Recherche stellte sich dann heraus, dass bereits ein derartiger Anschluss im Erdboden verlegt war und lediglich angemietet werden musste. Folglich sei auf Zahlen, die von der Verwaltung herausgegeben wurden, kein Verlass.

Nach § 12 ist in Sengwarden eine Verwaltungsstelle einzurichten.

Frau Klee bekennt sich zu den fehlerhaften Zahlen bei der Schulentwicklung, die immer defizitär gewesen seien und sich faktisch immer bei Schulbeginn infolge der Einwohnerfluktuation anders dargestellt haben.

Herr Felbier verweist auf inzwischen nicht mehr aktuelle Passagen im Grenzänderungsvertrag, Änderungen seien immer notwendig gewesen und würde es auch immer geben.

Dazu erwidert Herr Lehmann, dass das vereinbarte Rederecht immer dann wahrgenommen wird, sobald es Einwände gegen Beschlüsse gegen die Ortschaften seitens der Politik gäbe.

Herr Bents bekennt sich zum Meinungsäußerungsrecht aller.

Eine Abstimmung müsse jetzt dabei entscheiden.

Die anschließende Abstimmung ergibt acht Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen.

Ein Ortsratsmitglied fehlt bei der heutigen Sitzung.

Die endgültige Entscheidung sei nach Aussage von Herrn Bents nun dem Oberbürgermeister vorbehalten.

Weitere Fakten können in Folge noch eine Rolle spielen.

5 Mitteilungen und Anfragen

Frau Kloster erinnert an den angekündigten Vortrag von Herrn Leinert zur Internetanbindung im Marktgemeinde-Bromberg-Weg in Sengwarden sowie an die Beantwortung der von ihr in der letzten Sitzung zu dem Thema gestellten Frage.

Herr Thaden spricht die Situation an der Stichstraße im Chaukenweg Hausnummer 15 bis 17 an: die Fahrbahn ist dort insgesamt sehr holprig und bedarf einer Instandsetzung aufgrund der vorhandenen Absackungen.

Herr Bents informiert darüber, dass der Bürgerwindpark Westerhausen Gestalt annimmt. Der Kreuzungsbereich wird bereits für die zweite, genehmigte Anlage konzipiert. Das zuständige Straßenbauamt Aurich wird sich auf Anregung von Herrn Bents nochmals mit der dortigen Verkehrsregelung befassen, damit es auf dieser unfallträchtigen Strecke infolge des zu erwartenden hohen Aufkommens an Baufahrzeugen nicht zu Problemen kommt.

Die beteiligte Firma Pommer & Schwarz aus Aurich wird die Arbeiten koordinieren.

Des Weiteren informiert Herr Thaden darüber, dass inzwischen die neue Zahnärztin ihre Praxis in Sengwarden eröffnet hat.

Ende der Sitzung: 18:26 Uhr

gez.

A. Bents
Ortsbürgermeister

gez.

gez.

U. Persicke
Protokollführer